schneidiger Diktator in der Arbeiterbewegung aufspielte. Eine noch nie dagewesene starke Minderheit wurde — es versteht sich — von Demokraten vergewaltigt.

Umsonst, als Graßmann im Gewerkschaftshause dem Reformismus eine Lanze zu brechen suchte, war die Opposition schwächer, viel schwächer. Der Vorsitzende mußte eine Gegenprobe anstellen, weil der Wald von den hochgestreckten Armen der wirklichen Demokraten in der Gewerkschaftsbewegung dicht, erfreulicherweise dicht, beinahe Mehrheit war.

Eines muß aber noch gesagt werden: unsere Freunde, die Gewerkschaftsopposition, müssen herzhafter den Reformisten auf den Leib rücken, wenn sie, die Demokraten, den Diktator spielen. Eine frischere Rede gegen Schluß der Debatte, von der Bühne aus in den Saal geschleudert, an die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter warm appelliert, hätte es womöglich geschafft, daß die Opposition Karl Severing, Preußens Polizeiminister a. D., in Dresden hätte zurufen können: **Fort mit dieser der Bourgeoisie dienenden Politik, sie ist gewogen und für zu leicht befunden worden.**

Emel.

Das Grubenunglück als sozialdemokratisches Wahlgeschäft

Berlin, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Zu dem furchtbaren Grubenunglück auf Zeche Ewald bei Recklinghausen schreibt der Vorwärts:

„Es ist Pflicht der Regierung unseres Parlamentes, endlich die Forderungen der Bergarbeiterverbände bezüglich der Grubenkontrolle, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages in Form eines Antrages gekleidet worden sind, anzunehmen und durchzuführen."

Damit wiederholt der Vorwärts ein altes Zitat, das er anläßlich eines Grubenunglücks auf einer Stinnes-Zeche im Jahre 1925 geschrieben hat. Die Arbeiterschaft sieht hieraus die ganze Hilflosigkeit der Sozialdemokratie, welche die Ueberlebenden und die Familienopfer des grausigen Unglücksfalles wieder auf die Regierung und die Parlamentsabstimmung vertröstet und so in ganz raffinierter Weise versucht, selbst diese gräßliche Katastrophe für verreckte sozialdemokratische Wahlpropaganda auszuschlachten. Bei diesen grausamen Massenmorden, die das kapitalistische System mit seiner unerhörten Nationalisierung, mit dem schamlosen Antreibersystem, mit der Stoppuhr, mit dem Abbau von Kontrollbehörden und -maßnahmen immer wieder herbeiführt, muß die Arbeiterklasse der sozialdemokratischen Wahldemagogie ein entschiedenes und erbittertes Halt gebieten, denn hier geht es zwar für die SPD um Mandatschacher und Ministerposten, für die Arbeiterklasse aber geht es um das nackte armselige Leben und um die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des von der Bergwerkshölle ausgemergelten und unterernährten Körpers. Deshalb darf sich die Bergarbeiterschaft unter keinen Umständen auf Parlamentsbeschlüsse und Regierungsmaßnahmen verlassen, sondern muß durch ihre eigenen Organisationen, durch Gewerkschaften und Betriebsräte selber die Kontrolle der Sicherheitsmaßnahmen in die Hand nehmen und die Einsetzung proletarischer Untersuchungsausschüsse fordern, die sofort die ungeheuerlichen Mißstände in bezug auf die Schutzvorrichtungen und Sicherheitsanlagen rücksichtslos aufdecken, die nicht dulden, daß irgendeine amtliche Untersuchungskommission monatelang die Angelegenheiten hinschleppt, um dann zum Schluß den Unternehmer reinzuwaschen und irgendeinem armen Proleten jene Schuld aufzuhalsen, die nur Schuld des brutalen Ausbeuter- und Antreibersystems ist, das kapitalistische Gesellschaftsordnung heißt.

Amanullah in Dresden

Endlich kann sich die aufgewühlte Monarchistenseele beruhigen. Amanullah, der König der Afghanen, hat endlich das Weichbild der Stadt Dresden gesehen; weilt in den Mauern der ehemaligen kgl. Haupt- und Residenzstadt. Diesmal muß man den großen Empfangsrummel fallen lassen, denn Amanullah hatte ihn satt. Aber nicht ungenutzt kann man die Gelegenheit vorübergehen lassen, im „republikanischen" Deutschland einen „richtiggehenden" König den monarchistischen Spießern zu präsentieren. Seht, die Republik versteht mit Monarchen umzugehen ... Im Extrazug traf er ein. Ein Salon-, ein Speise-, zwei D-Zug- und ein Gepäckwagen. Inhalt: Neben zahlreichen Kleidungsutensilien 1 König, 1 Königin und ein Dutzend Höflinge.

Ministerpräsident Heldt und Oberbürgermeister Blüher demonstrierten in Schwarz. Herr Blüher ist Exotenempfang gewöhnt; vor Sioux-Indianern, die bei Sarrasani auftraten, hat er es auch so hübsch dekorativ gemacht. Eine Menschenmenge hatte sich vor dem Hauptbahnhof angesammelt, in der sich einige vereinzelte „Hoch"rufer, unangenehm auffallend, bemerkbar machten.

Ein Automobil-Demonstrationszug, geführt von den würdigen Insignien republikanischer Autorität, zwei Polizeikrafträder und Polizeipräsident Kühn im Dienstauto bewegte sich dann nach dem Bellevue, wo die „hohen Gäste" nach dem offiziellen Bericht des Amtskiekers den Rest des Abends im engsten Familienkreise verbrachten.

*

Was Amanullah an Empfangsmüdigkeit merken läßt, hindert die bürgerliche Presse nicht, in Byzantinismus zu machen. Während jedoch der Anzeiger nur devot, fromm das sympathische Gesicht des Königs, die schönen regelmäßigen Gesichtszüge und — nicht zu vergessen — den kostbaren Nerzmantel der Königin anhimmelt, wälzen sich die „demokratischen" Dresdner Neuesten im Pfuhl des republikanischen Königsrummels mit schmatzendem Behagen.

Was dieses, noch von Zehntausenden von Arbeitern gelesene Dresdner Blatt sich in einem Bericht seines Berliner Korrespondenten an systematischer Hindenburg- und Amanullah-Reklame leistet, kann sich im ganzen Reich der Königstreuen sehen lassen. Hindenburg und Amanullah plus Frau — „wo immer sie auftauchen, sammelt sich das Publikum in Massen und begrüßt sie mit Tücherschwenken und freundlichem Zuruf wie alte Bekannte. Man zählt sie sozusagen zur Familie ..."

Nun, diese republikanischen Zeitungen freuen sich, wieder einmal alte Erinnerungen, einen ihnen geläufigen Ton anschlagen zu können, selbst wenn es vor dem König der Afghanen und nicht mehr der August ist.

Amanullah will sich in Dresden die großen Betriebe ansehen. Er will einige Kenntnisse mit nach Afghanistan nehmen; das Wesentlichste bleibt aber die Reklame. Die technischen Verbesserungen in seinem Lande werden ja doch die Techniker und Ingenieure machen, die er heranzieht.

Von Deutschland wird Amanullah nach Rußland fahren. Die bürgerliche Presse versucht jetzt schon, die Gegenagitation zu entfalten. Die Dresdner Neuesten Nachrichten schreiben davon, daß die „Moskowiter" dem König die Macht der siegreichen Arbeiterklasse und ihre Ausnutzung der modernen Technik zeigen werden. Ganz sicher wird die Sowjetunion das tun. Ebenso wie sie den Fortschritt und den Aufstieg der Nationen im Bunde der Sowjetunion zeigen wird. Amanullah wird bei seiner Reise nach Moskau die Kraft der Sowjetunion sehen und kennen lernen. Die Absichten und Pläne der Engländer lernte er ja schon einmal kennen, als diese den Krieg gegen ihn führten.

Die europäischen Kapitalisten möchten Afghanistan, das an der englischen Einflußsphäre Indiens liegt, das an die Sowjetunion grenzt, in die antirussische Front bringen, sie möchten ein Kolonialland aus Afghanistan machen. Deswegen die Liebedienerei, deswegen das Speichellecken und Schmeicheln vor diesem König. Die imperialistischen Räuber brauchen Afghanistan als militärischen Stützpunkt. Deswegen wollen sie auch vorbauen und mit Sowjetrußland schrecken. Dabei fühlen sie, daß die Sowjetunion doch die stärkeren Argumente haben wird.

Aber nur darum geht es bei den Imperialisten, das Gebirgsland der Afghanen, das der knapp 100 000-Mann-Armee Amanullahs die Möglichkeit gab, den Engländern zu widerstehen, als Aufmarschgelände gegen Rußland zu bekommen.

Schweres Grubenunglück

Im Förderkorb abgestürzt / 13 Tote, 31 Verletzte / Verhöhnung der Toten im Preußischen Landtag

Recklinghausen, 1. März.

Auf der Zeche Ewald in Erkenschwick bei Recklinghausen ereignete sich gestern früh gegen 6 Uhr ein furchtbares Unglück. Zwei Förderkörbe mit insgesamt 48 Mann Belegschaft stürzten infolge Seilbruches in die Tiefe. Dreizehn Bergleute wurden sofort getötet, 31 wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Die Verwundeten wurden den Krankenhäusern zugeführt. Eine amtliche Untersuchung der Ursache der Bergkatastrophe ist noch nicht abgeschlossen.

*

Das Grubenaufsichtsamt gibt über das Unglück folgenden Bericht aus: Auf der Zeche „Ewald Fortsetzung" (Oberbergamt Dortmund) hat sich in der Nebenförderung des Schachtes 1 heute früh bei der Anfahrt der Belegschaft ein schweres Seilfahrtunglück ereignet. Die Ursache des Unfalles ist darin zu suchen, daß der aufwärtsgehende Förderkorb in das Fördergerüst gezogen und der abwärtsgehende Förderkorb in den Schachtsumpf gefahren worden ist. Hierdurch sind die auf dem Förderkorb befindlichen Personen gestaucht bzw. gegen die Decks der Förderkorbböden geschleudert worden. Nach dem bisherigen Ergebnis der amtlichen Untersuchung ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß der Teufenanzeiger aussetzte und der Fördermaschinist infolgedessen über die Stellung der Förderkörbe im Schacht nicht genau unterrichtet war. Die amtliche Untersuchung nimmt ihren Fortgang.

Bei der Eröffnung des Preußischen Landtages machte der Präsident dem Hause Mitteilung von dem furchtbaren Unglück in Erkenschwick und erklärte: Der Landtag sei tief erschüttert durch diese Katastrophe und spreche den Betroffenen seine herzlichste Teilnahme aus.

Genosse Sobottka

nahm zu dieser Mitteilung das Wort und wies darauf hin, daß die Kommunisten aus Anlaß verschiedener größerer Grubenkatastrophen und der sich täglich häufenden Einzelunfälle wiederholt ausreichende Vorsichts- und Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Lebens der Bergarbeiter gefordert haben. Insbesondere haben wir verlangt,

daß die Seilfahrten verlangsamt werden,

da eine ganze Anzahl von Unfällen in den letzten Jahren auf die rasenden Seilfahrten zurückzuführen waren. Alle unsere Anklagen sind in diesem Hause wirkungslos verhallt. Regelmäßig, sehr oft mit zynisch-lächelnder Miene, wurden unsere Anträge abgelehnt. (Hört, hört! b. d. K.) Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb auf Grund § 67 der Geschäftsordnung, daß der Minister für Handel und Gewerbe sofort herbeigerufen wird, um Auskunft darüber zu geben, wie es möglich ist, daß dieses Unglück auf der Zeche „Ewald" geschehen konnte. Der Minister ist sehr oft darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Antreiber- und Prämiensystem besonders bei den Fördermaschinisten und bei der Seilfahrt zu großen Katastrophen in den Gruben geführt hat.

Schon im Jahre 1928 hat der Landtag einen Antrag der Kommunisten angenommen, der ein Verbot des Prämiensystems im Bergbau fordert! Der Minister für Handel und Gewerbe hat es nicht für notwendig befunden, diesen Beschluß durchzuführen. Nur auf diese Sabotage des Landtagsbeschlusses ist das neue Unglück zurückzuführen.

(Sehr wahr! b. d. Kom.) Es ist deshalb Pflicht und Schuldigkeit des Landtages, sofort vom Handelsminister eine Erklärung zu verlangen, warum er nicht durchgeführt hat, was vom Landtag beschlossen wurde. Die Mehrheit wird freilich die Herbeizitierung des Handelsministers ablehnen, denn wir haben erst dieser Tage bei der Beratung des Berg-Etats im Hauptausschuß feststellen müssen, daß der Minister die von der SPD und dem Zentrum mitgefaßten Beschlüsse des Landtages im Einverständnis mit diesen Parteien nicht durchgeführt hat. Sie waren damit einverstanden, daß das Verbot des Prämien- und Antreibersystems auf die lange Bank geschoben wird. (Hört, hört! b. d. Kom.) Diese Sabotage des Ministers hat auch das Unglück verschuldet, das sich vor einigen Tagen auf der Zeche „Hubertus" im Braunkohlengebiet ereignete. Auch dort ist wiederholt auf die Vernachlässigung aller Sicherheitsvorschriften aufmerksam gemacht worden, ohne daß sich der Minister bemüßigt fühlte, einzuschreiten. Es ist deswegen dringend notwendig, daß der Minister sofort zur Verantwortung gezogen wird. (Lebhafte Zustimmung b. d. Kommunisten.)

In der sofort vorgenommenen Besprechung des kommunistischen Antrages führte

Genosse Pieck

aus, daß die Beileidskundgebung des Präsidenten und des Landtages in unerhörtem Gegensatz zu der sträflichen Leichtfertigkeit steht, mit der die Verantwortlichen mit dem Leben der Arbeiter umgehen. Da die Mehrheit stets alle Anträge der Kommunisten auf ernsthafte Beseitigung der Gefahren für das Leben der Bergarbeiter kaltschnäuzig niederstimmte, so erweist sich die Ehrung der Verunglückten als eine Blasphemie. Der Handelsminister hat sich direkt strafbar gemacht, daß er nicht einmal die bescheidenen Beschlüsse des Landtages auf Beschränkung des Antreibersystems durchführte. Die Staatsregierung der weimarischen Koalition und die Mehrheit des Landtages ist mitschuldig an jedem Toten, der hier auf dem Schlachtfeld der Arbeit fällt.

Das amtliche Vertuschungsmanöver

Essen, 2. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Ueber die Ursache des furchtbaren Grubenunglücks in Erkenschwick, das 13 Tote forderte und durch einen Bruch des Förderseils entstanden sein soll, liegt jetzt der amtliche Untersuchungsbericht vor. Dieser spricht dagegen von einem Versagen des Teufenzeigers. Man scheint demnach die Ursache dieses Unglücks, das den Tod einer ganzen Reihe von Proletariern herbeiführte, seitens der Grubenverwaltung vertuschen zu wollen. Dabei ist völlig klar, daß das Grubenunglück in erster Linie auf die wahnsinnigen Rationalisierungsmaßnahmen der gesamten Grubenindustrie zurückzuführen ist.

Schutz des Bergarbeiterlebens

Kommunistische Interpellation im Reichstag

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Wiederum hat die kapitalistische Profitpolitik der Kohlenbarone ein großes Grubenunglück herbeigeführt. Nach vorläufigen Mitteilungen sind auf der Zeche „Ewald" bei Erkenschwick 47 Bergarbeiter, davon 14 tödlich, verunglückt. Die Häufung der Unglücksfälle im Bergbau beweist, daß die kapitalistische Rationalisierung ein derartiges Hetztempo geschaffen hat, daß wichtige Vorsichtsmaßregeln nicht mehr eingehalten werden. Wie bei einer Reihe ähnlicher Unfälle, liegen die Ursachen dieser Ereignisse im Versagen der Förderanlagen. Dies beweist, daß die notwendige Prüfung und Erneuerung der Grubenanlagen infolge der Profitsucht der Bergkapitalisten in vielen Fällen unterbleibt. Ist die Regierung bereit:

1. **endlich wirksame Maßnahmen zum Schutze der ausgebeuteten Bergarbeiter zu treffen und die bergbaulichen Schutzbestimmungen zur Erhöhung der Grubensicherheit zu verschärfen?**
2. **den Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräten die Möglichkeit der uneingeschränkten Grubenkontrolle zu sichern?**
3. **den Familien der Verunglückten sofortige ausreichende Unterstützung zu gewähren?**

Stoecker, Florin, Jadasch und Genossen.

Ein Mordprozeß gegen RFB-Kameraden

Die faschistischen Mordbuben bleiben unbehelligt

Beuthen, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Schwurgericht in Beuthen begann heute ein großer Prozeß gegen 4 Kameraden des RFB, sämtlich Grubenarbeiter, denen der Staatsanwalt eine ganz unerhörte und beispiellose Anklage wegen „versuchten Mordes" konstruiert hat. Anläßlich eines Fahnenweihfestes des Stahlhelms in Mikultschütz — der Stahlhelm tritt dort stets schwerbewaffnet und außerordentlich provokatorisch auf, kam es durch die Stahlhelmprovokation zu einer der bei diesen Anlässen üblichen Schlägereien, wobei Stahlhelmmitglieder einem der Angeklagten mit Totschläger bis zur Besinnungslosigkeit blutig schlugen und bearbeiteten bis er in unmittelbarer Lebensgefahr schwebend, geschossen haben soll. Nach anderen Angaben stammen die Schüsse vom Stahlhelm, und während der Schießerei wurde ein Schuljunge durch einen Schuß in den Kopf tödlich getroffen. Auf der Anklagebank ist natürlich kein Stahlhelm zu finden, dagegen Rote Frontkämpfer, die von den Stahlhelm-Banditen und oberschlesischen Fememördern bis zur Besinnungslosigkeit mit stahlgeflochtenen oder Eisenkugel-Totschlägern bearbeitet wurden und dafür noch wegen „versuchten Mordes" nach der Absicht der Klassenjustiz in das Zuchthaus eingesperrt werden sollen.

Wieder ein faschistisches Waffenlager

Gestern fanden Spaziergänger am Ufer der Havel in der Nähe von Spandau im Schilf liegend 648 Schuß Gewehrmunition Modell 98, 100 Schuß Teschingpatronen und weitere Patronentaschen. Bei näherem Umschauen entdeckten sie überall verstreut ganze Haufen von Munition, so daß sie zum nächsten Polizeirevier gingen und diesen merkwürdigen Fund zur Anzeige brachten. Darauf wurde sofort die berüchtigte Ia-Abteilung des Polizeipräsidiums alarmiert, die in dem Aufziehen von Kommunistenverfolgungen einen geradezu sprichwörtlichen Ruf genießt. In diesem Falle dürfte es aber schwer sein, die Kleinbürger vor den Kommunisten graulig zu machen, denn bei diesem merkwürdigen Munitionslager im Freien wurde nämlich auch eine Armbinde der „Einwohnerwehr Charlottenburg" gefunden, so daß die Herkunft der Munition bereits einwandfrei geklärt ist.

Die Reichsindexziffer

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und „sonstiger Bedarf") ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar mit 150,6 gegen 150,[illegible] im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Acht Arbeiter schwer verletzt

Aus Stuttgart wird gemeldet: **In einer Apparatebauwerkstätte explodierte beim Verzinken ein Schlangenrohr. Durch die Explosion sprühte etwa ein Kilogramm flüssige Zinkmasse aus den Behältern, wodurch fünf Arbeiter schwere Verbrennungen davontrugen. Einer schwebt in Lebensgefahr.**

Aus Herne wird berichtet: Auf der Gasverarbeitungsanlage in Sodingen ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr ein bedauerlicher Unfall. Beim Abmontieren einer außer Betrieb befindlichen Leitung entzündeten sich ausströmende Gase und verbrannten drei Arbeiter, darunter einen lebensgefährlich. Beim Abspringen vom Montagegerüst zogen sich zwei weitere Leute leichte Verletzungen zu.

Wetteraussichten für Sonnabend den 3. März: Nach leichtem, im Gebirge örtlich mäßigem Nachtfrost tagsüber im Flachland mehrere Wärmegrade und auch im Gebirge Temperaturen vielfach über Null. Heiter bis wolkig. Mäßige Winde aus Ost bis Süd.